

Klimaschutz und bezahlbare Mieten – ein Widerspruch?

Anforderungen an ein Berliner Klimaschutzgesetz

Trotz der gescheiterten Konferenz von Kopenhagen steht fest: Der Klimawandel findet statt und wird auch in Berlin und Brandenburg erhebliche klimatische Veränderungen bringen. Für den Schutz des Klimas und der Umwelt hat Berlin als größte deutsche Stadt und Hauptstadt Deutschlands eine besondere Verantwortung.

Das Abgeordnetenhaus hat auf Initiative der SPD-Fraktion ambitionierte Klimaziele für Berlin beschlossen. Mit einem Berliner Klimaschutzgesetz kann dieser Weg auch für den Gebäudebestand fortgesetzt werden. Wir wollen kein Investitionsverhinderungsgesetz, sondern vernünftige Vorgaben, die den Klimaschutz wirtschaftlich und sozial verträglich voranbringen. Die SPD-Fraktion begrüßt daher das vom BUND und dem Mieterverein entworfene Stufenmodell, das inzwischen breite Zustimmung bis hin zur IHK findet.

Gleichzeitig ist klar: Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Wie muss das Berliner Klimaschutzgesetz ausgestaltet werden, damit die Belastungen für die Mieterinnen und Mieter sozial verträglich bleiben? Welche Vorgaben und Instrumente sind dafür notwendig? Können Mieterinnen und Mieter dauerhaft vor zukünftigen Energiepreisexplosionen geschützt werden? Darüber wollen wir gerne mit den eingeladenen Experten und Ihnen diskutieren.

Wir laden Sie herzlich ein:

Donnerstag, 4. März 2010, 19.00 Uhr

Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311
Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin-Mitte

Begrüßung: Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD

Podium:

Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins

Siegfried Rehberg, Referent des Wohnungsverbands BBU

Andreas Jarfe, Geschäftsführer des BUND Berlin

Henrik Vagt, Referent Energie- und Klimapolitik der IHK Berlin

Moderation: Daniel Buchholz, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Wir freuen uns über Ihre Anmeldung!